

■ Politische Rechte

Ergebnisse der eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmung vom 17. Juni 2012

Finanzreferendum – Frist 16. August 2012

Der Landrat hat am 14. Juni 2012 beschlossen:

- Sanierung der Personalvorsorgeeinrichtungen der Universität Basel (Partnerschaftliches Geschäft) (2011-350)
Der für die Sanierung der Vorsorgeeinrichtungen der Universität Basel erforderliche Kredit (Anteil BL) von CHF 24.75 Mio. wird bewilligt. Mehrausgaben, die sich aus einer allfälligen Erhöhung der Deckungslücke auf das Monatsende nach der Gültigkeit des Parlamentsbeschlusses ergeben, werden mitbewilligt.
- Entlastungspaket 12/15 für den Staatshaushalt: Verpflichtungskredit für externe Unterstützung (2012-111)
Für die Umsetzung des Entlastungspakets 12/15 wird der erforderliche Verpflichtungskredit von CHF 5'000'000.- bewilligt.
- Erneuerung und Ausbau der Kantonsstrasse Unterbiel, Gewässerkorrektur der Hinteren Frenke und Ersatz des Abwasserkanals in Reigoldswil; Projektierungskredit (2012-066)
Für die Erarbeitung des Vor- und Bauprojekts betreffend der Erneuerung und Ausbau der Kantonsstrasse Unterbiel im Abschnitt Dorfplatz bis anfangs Ziefenstrasse, die Bachkorrektur der Hinteren Frenke und den Ersatz des AIBKanals, in der Gemeinde Reigoldswil wird ein Verpflichtungskredit von CHF 900'000.- (inkl. MWST von 8.0%) bewilligt. Nachgewiesene Lohn- und Materialpreisänderungen gegenüber der Preisbasis Oktober 2010 werden bewilligt.
- Beitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Bachausdolungen in der Gesamtmelioration Wahlen (Regierungsprogramm Nr. 3.06) (2012-091)
Der Beitrag des Kantons von Fr. 984'000 in Form eines erhöhten Verpflichtungskredites zum Beitragsbeschluss vom 23. Juni 2006 (Vorlage 295/2005) für die Jahre 2011 bis 2021 an die Gesamtmelioration Wahlen wird bewilligt. Als Preisbasis gilt Oktober 2011. Nachgewiesene Lohn- und Materialpreisänderungen sind bewilligt. Die Mehrwertsteuer von 8.0 % ist in die Kosten eingerechnet.

Diese Beschlüsse unterstehen gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft dem Referendum. Allfällige Begehren um Vornahme der Volksabstimmung sind innert 8 Wochen, d.h. bis 16. August 2012 der Landeskanzlei einzureichen. Das Referendum ist zustandegekommen, wenn es von 1500 Stimmberechtigten unterschriftlich gestellt ist.

Landeskanzlei

Gesetzesreferendum – Frist 16. August 2012

Der Landrat hat am 14. Juni 2012 beschlossen:

- Änderung der personalrechtlichen Bestimmungen über die Probezeit, die Kündigung und die Abgangsentschädigung (2012-013)

Der Gesetzestext kann unter <http://www.bl.ch/referenden> auf dem Internet eingesehen oder bei der Landeskanzlei, Tel. 061 552 50 08, bestellt werden.

Dieser Beschluss untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe c der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft dem Referendum. Allfällige Begehren um Vornahme der Volksabstimmung sind innert 8 Wochen, d.h. bis 16. August 2012 der Landeskanzlei einzureichen. Das Referendum ist zustandegekommen, wenn es von 1500 Stimmberechtigten unterschriftlich gestellt ist.

Landeskanzlei

Vorprüfung einer formulierten Verfassungsinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, nach Prüfung der am 12. Juni 2012 eingereichten Unterschriftenliste zu einer kantonalen formulierten Verfassungsinitiative „Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus“, verfügt:

1. Die am 12. Juni 2012 eingereichte Unterschriftenliste zu einer kantonalen formulierten Verfassungsinitiative „Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ entspricht den Formerfordernissen von § 28 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 und von § 69 GpR: Sie ist als Verfassungsinitiative bezeichnet, sie enthält einen ausgearbeiteten Vorschlag, eine Rubrik für die Gemeinde, in welcher die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen stimmberechtigt sind, und für das Datum der Veröffentlichung des Initiativtextes im Amtsblatt, ferner Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, den Hinweis auf die Strafbarkeit der Fälschung des Ergebnisses der Unterschriftensammlung sowie Namen und Adressen von mindestens sieben Urheberinnen und Urhebern der Initiative.
2. Folgende Urheberinnen und Urheber der Verfassungsinitiative sind ermächtigt, die Verfassungsinitiative mit einfachem Mehr vorbehaltlos zurückzuziehen: Hans Rudolf Gysin, e.Nationalrat, Vogelmattstrasse 20, 4133 Pratteln (Präsident); Markus Meier, Spitzlerweg 2, 4466 Ormalingen (Geschäftsführer); Thekla Beutler, Mittlerer Weg 2, 4436 Oberdorf; Rolf Blatter, Alter Kirchweg 21, 4148 Pfeffingen; Christoph Buser, Landrat, Oberer Rainweg 19, 4414 Füllinsdorf; Alexander Heinzelmann, Oberer Brunnacher 14, 4433 Ramlingen; Sylvia Wenger, Fasanenstrasse 22, 4153 Reinach.
3. Der Titel der formulierten Verfassungsinitiative „Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ entspricht den Erfordernissen des § 68 Absatz 2 GpR.
4. Gegen diese Verfügung kann gestützt auf die §§ 88 Absatz 1 Buchstabe c und 90 Absatz 1 GpR innert 3 Tagen seit der Mitteilung schriftlich und begründet beim Kantonsgericht Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Beschwerde erhoben werden. Diese Beschwerdebefugnis steht nur der Mehrheit des Initiativkomitees zu.
5. Mitteilung an Hans Rudolf Gysin (Präsident Initiativkomitee), Vogelmattstrasse 20, 4133 Pratteln
6. Veröffentlichung im Amtsblatt vom 21. Juni 2012.

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

„Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus“

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen,

stellen, gestützt auf § 28 Absätze 1 und 2 der Kantonsverfassung, das folgende formulierte Begehren:

I.

Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 wird wie folgt geändert:

§ 106a Titel und Absätze 1,2,4 sowie 5

§ 106a Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus

¹ Der Kanton fördert den Wohnungsbau, den Erwerb von Wohneigentum, das von natürlichen Personen selbst genutzt wird, sowie die Bereitstellung von Wohnraum durch gemeinnützige Wohnbauträger. Dabei richtet er sich nach dem Grundsatz der haushälterischen Nutzung des Bodens durch verdichtetes Bauen und fördert das altersgerechte Wohnen.

² Für gemeinnützige Wohnbauträger erlässt er insbesondere Vorschriften für Anreize zum Bau oder Erwerb von preisgünstigem Wohnraum im Kanton sowie zur Finanzierung von Wohnraumerneuerung im Kanton, namentlich im Energiespar- und Umweltschutzbereich.

⁴ Für das selbst genutzte Wohneigentum erlässt er insbesondere Vorschriften für Anreize zur Bildung von gebundenen Sparrücklagen, die dem erstmaligen entgeltlichen Erwerb von Wohneigentum im Kanton sowie der Finanzierung von Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen an bestehendem Wohneigentum im Kanton dienen.

⁵ Er erlässt insbesondere Vorschriften über die massvolle Festsetzung der Eigenmietwerte.

II.

Diese Verfassungsänderung bedarf der Gewährleistung durch den Bund.

III.

Diese Verfassungsänderung tritt nach Annahme durch das Volk am ersten Tag des auf die Volksabstimmung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Landeskanzlei Basel-Landschaft